



Presseschau vom 06.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

Dan-news.info: „Am Kontroll- und Passierpunkt „Gorlowka“ starb heute eine Frau, geb. 1949, an Herzversagen“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Die Einzelheiten des Geschehens werden noch untersucht.

***Dnr-online.ru*: Ukrainische Propagandisten haben einen weiteren erfolglosen Versuch unternommen, die sozialökonomische Situation in der DVR zu destabilisieren.**

Diesmal haben die Fake-Generatoren als Ziel die ländlichen Bezirke der Republik gewählt. Von einer Einweg-E-Mailadresse ist bei den offiziellen E-Mail-Adressen der landwirtschaftlichen Bezirke der DVR und der landwirtschaftlichen Betriebe ein gefälschtes Gesetz über Änderungen in der Steuererhebung eingetroffen, das angeblich von Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko unterzeichnet wurde. Insbesondere ist in dem gefälschten Dokument die Rede von einer verpflichtenden Kriegsabgabe für Landbesitzer mit einem Besitzrecht von zwei Hektar und mehr. Dies ist ein weiteres Fake, von Menschen erstellt, die die Gesetzgebungsnormen und den Umgang mit Dokumenten in der DVR nicht kennen. In der Republik gibt es keinerlei Kriegsabgaben, im Unterschied zur Ukraine.

Die Regierung der Republik erinnert ein weiteres Mal daran, dass alle Gesetze, Erlasse und Rundschreiben auf den offiziellen Seiten der Ministerien und Behörden der DVR veröffentlicht werden. Vertrauen sie verdächtigen Informationsquellen nicht!

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden das Gebiet von **Losowoje, Schelobok und Prischib**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 05. Juli 3:00 Uhr bis 06. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Golmowskij, Dolomitnoje), Jasinowataja, Dokutschajewsk, Kominternowo**.

Opfer unter der Zivilbevölkerung sowie Schäden an Wohnraum und Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 67. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 65.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Mehrere ukrainische Soldaten bei Kampftraining getötet.

Bei einem Kampftraining in einer der militärischen Einheiten der Ukraine sind am Freitagmorgen drei Militärs ums Leben gekommen. Neun weitere Soldaten wurden verwundet, meldet der Pressedienst des ukrainischen Verteidigungsministeriums.

Der Vorfall ereignete sich am Freitagmorgen um 05.55 Uhr (04.55 MESZ) auf dem Truppenübungsplatz in der Oblast Riwne (Westukraine). Während der taktischen Übungen kamen bei einer Explosion eines Granatwerfers drei Militärs ums Leben und drei weitere erlitten Verletzungen.

„Nach vorläufigen Angaben sind in Folge von einer Explosion eines Granatwerfers drei Soldaten ihren schweren Verletzungen erlegen. Neun weitere wurden unterschiedlichen Schweregrades verwundet“, so das Verteidigungsministerium.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30087/16/300871670.jpg>

Wpered.su: Gratulation Boris Litwinows aus Anlass des Unabhängigkeitstags Venezuelas: Der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow sandte dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Bolivarianischen Republik Venezuela in der Russischen Föderation Carlos Rafael Faria Tortosa und dem heldenhaften Volk Venezuelas eine Gratulation anlässlich des Nationalfeiertags.

Sehr geehrter Genosse Tortosa!

Im Namen der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik gratuliere ich Ihnen und dem ganzen heldenhaften Volk der Bolivarianischen Republik Venezuela zum Tag der Unabhängigkeit.

Vor mehr als 200 Jahren wurde die venezolanische Unabhängigkeitserklärung angenommen. Damals entschieden sich die Venezolaner, sich von der spanischen Krone abzuspalten und eine neue Nation auf Grundlage der Gleichheit der Menschen und der Prinzipien der Freiheit zu schaffen.

Dieser Feiertag hat seine Aktualität auch heute, wo die amerikanischen Imperialisten die Situation in Venezuela zielgerichtet destabilisieren und versuchen seine staatliche Souveränität zu untergraben, vollständig behalten.

Heute führt auch die Donezker Volksrepublik, die ihre Deklaration über die Souveränität im Jahr 2014 angenommen hat, einen Kampf für ihre Unabhängigkeit von dem nationalistischen, profaschistischen Regime, das in der Ukraine errichtet wurde. Das Volk des Donbass hält dem Druck sowohl des ukrainischen Kompradorenkapitals als auch des großen westlichen Kapitals stand.

Angesichts der allgemeinen Gefahren müssen die progressiven Kräfte der gesamten Welt ihre Zusammenarbeit im Rahmen einer globalen antiimperialistischen Front, die auf den Ideen des proletarischen Internationalismus und der internationalen Solidarität der Werktätigen gegründet ist, allseitig verstärken. Die weitere Annäherung der Völker Venezuelas und des Donbass ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Die vertrauensvollen und respektvollen Beziehungen, die zwischen der Botschaft der Bolivarianischen Republik Venezuela in der Russischen Föderation und dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik entstanden sind, sind ein Unterpfand für zukünftige offizielle freundschaftliche und gegenseitig nützliche Beziehungen zwischen unseren Staaten. Die Erfahrung im Kampf für die Souveränität Venezuelas ist für uns ein wichtiges Beispiel für Zielstrebigkeit und Wille zum Sieg über die Kräfte des Imperialismus.

Hochachtungsvoll
Der erste Sekretär
des ZK der Kommunistischen Partei der DVR
Boris Litwinow

Dnr-online.ru: Unter Nutzung verschiedener Methoden der Propaganda verbreiten die treuen Diener des Kiewsker Regimes **weiter Falschinformationen im Bereich der sozialen Sicherheit** der Bevölkerung der DVR.

So ist im Internet wieder eine Information in Form eines nicht existierenden „Erlasses“ erschienen. Diesmal geht der „Erlass“ angeblich von Rentenfonds der DVR aus. In ihm ist davon die Rede, dass die Regierung der DVR die Möglichkeit einer Erhöhung des Rentenalters für die Bürger der Republik behandelt „um die Gesetzgebung der DVR mit der Gesetzgebung der RF in Übereinstimmung zu bringen“.

Der „Erlass“, auf den sich die ukrainischen Propagandisten beziehen, hat mit der Tätigkeit der Organe des Rentenfonds der DVR nichts gemein.

„Ich will sagen, dass in der Zeit des Krieges, der an allen Fronten geführt wird, auch an der Informationsfront, solche Methoden von Seiten der Ukraine uns allen schon gut bekannt sind. Deshalb beruhige ich sofort unsere Bürger und versichere, dass diese Information ein Fake ist. Wie das Oberhaupt unserer Republik Alexandr Sachartschenko sagte, wird die Frage der Erhöhung des Rentenalters für die Bürger der Republik nicht einmal in Betracht gezogen“, sagte die Vorsitzende des Rentenfonds der DVR Galina Sagajdakowa.

de.sputniknews.com: Litauens Präsidentin fordert Stationierung von Patriot-Raketen auf U-Booten.

Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaite hat in einem Interview für die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ aufgerufen, US-Flugabwehrraketen-Systeme „Patriot“ auf U-Booten zu stationieren. Das soll laut Grybauskaite zur Stärkung der Verteidigung der baltischen Staaten beitragen.

„Die Nato-Flugabwehr in unserer Region ist unzureichend und muss verstärkt werden. ‚Patriots‘ können auf U-Booten oder auf unserem Territorium stationiert werden“, so Grybauskaite.

Laut der litauischen Präsidentin führt Russland, das die „Gefahr Nummer eins“ ist, einen „untraditionellen Krieg“.

„Allein 2017 haben sie 15.000 Cyberangriffe gegen unsere Objekte der Wirtschafts- und Energieinfrastruktur durchgeführt, die Einmischung in unsere Innenpolitik hat sich intensiviert“, so Grybauskaite gegenüber „Corriere della Sera“.

Grybauskaite zeigte sich auch darüber besorgt, dass Moskau in Weißrussland, nur 40 Kilometer von der litauischen Hauptstadt Vilnius entfernt, einen Atomreaktor baut. Ihrer Ansicht nach sind solche Schritte „ein Instrument der Bedrohung und des geopolitischen Drucks“.

Dnr-online.ru: In der DVR läuft die Einschreibungskampagne an den Hochschulen aktiv. Der Pressedienst des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR teilte mit, dass die Aufnahmekommissionen die Abiturienten bei der Wahl der Fachrichtung und bei der Einreichung der notwendigen Dokumente unterstützen.

Bis zum 5. Juli haben 10.422 Abiturienten, darunter 121 vom Territorium des Donbass, dass zeitweise von der Ukraine kontrolliert wird, ihre Unterlagen in den Einrichtungen der höheren Berufsbildung eingereicht. Wir erinnern daran, dass die Einschreibungskampagne in den Hochschulen der DVR am 25. Juni begonnen hat.

Bei den Einrichtungen der mittleren Berufsbildung haben 1968 Personen ihre Unterlagen

eingereicht, darunter 12 im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass (bei den Einrichtungen der mittleren Berufsbildung hat die Einschreibung am 2. Juli begonnen). ...

de.sputniknews.com: Peking führt Einfuhrzoll auf US-Waren ein – chinesisches Zollamt
China hat am Freitag als Gegenmaßnahme auf die von den USA verhängten Zölle eine Abgabe in Höhe von 25 Prozent auf den Import von US-Waren eingeführt, meldet das chinesische Zollamt.

„Die USA haben am 6. Juli um 00.01 Uhr Ortszeit einen Einfuhrzoll auf 818 Warennamen aus China in Höhe von insgesamt 34 Milliarden US-Dollar verhängt. Als Gegenmaßnahme hat China am gleichen Tag einen Einfuhrzoll von 25 Prozent auf amerikanische Waren im gleichen Volumen eingeführt“, hieß es in der Presseerklärung des Amtes, die von chinesischen Medien verbreitet wurde.

Die chinesischen Zölle sind am 6. Juli um 12.01 Uhr Ortszeit (06.01 MESZ) in Kraft getreten. Zuvor war berichtet worden, dass sich die Regierung in Peking nach dem Inkrafttreten von US-Zöllen auf chinesische Warenimporte zu Gegenmaßnahmen gezwungen sehe. China wolle angemessene Maßnahmen ergreifen und werde die WTO über die entstandene Situation informieren.

Dnr-online.ru: „Im letzten Jahr haben wir begonnen, Kranke im Rahmen des Humanitären Programms zu behandeln, etwa ab dem 1. Mai, insgesamt waren es im letzten Jahr 332 Menschen. In den ersten 6 Monaten dieses Jahres waren es bereits 670. Die Zahlen sprechen für sich selbst“, sagte der leitende Arzt des onkologischen Bondar-Zentrums Igor Sedakow in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

Nach den Worten des leitenden Onkologen der Republik treffen im Zentrum jeden Tag etwa 16 Patienten vom Territorium des Donezker Oblast, das zeitweise von der Ukraine kontrolliert wird, zur Behandlung von Krebserkrankungen ein.

„Für die Behandlung unserer Landsleute werden die Präparate verwendet, die auch für unsere Bürger vorgesehen sind. Leider gibt es für die Einwohner des Donezker Oblast zurzeit wenig Plätze, wo sie eine hochqualifizierte Behandlung erhalten können. Zu uns kommen Patienten mit Krebserkrankungen, die in der Ukraine 6-7 Monate auf Wartelisten standen, einfach um von einem Spezialisten untersucht zu werden, und für diese Kranken zählt jeder Tag. Die Menschen kommen zu uns, um die medizinische Behandlung zu erhalten, die in der Ukraine entweder sehr teuer ist und nur nach langer Wartezeit zu erhalten ist. Für uns gibt es keine Hindernisse, ihnen qualitativ hochwertige und rechtzeitige Behandlung zu bieten“, unterstrich der leitende Arzt.

de.sputniknews.com: Dies haben US-Aufhetzungsversuche gegenüber Kiew und Moskau zur Folge – Abgeordneter

Der Abgeordnete des ukrainischen Parlaments Jewgeni Murajew hat gegenüber dem TV-Sender NewsOne die Versuche der USA kommentiert, einen Keil zwischen die Ukraine und Russland zu treiben, und die Folgen dieser Aktivitäten erläutert.

„Politiker, die eine von außen diktierte Aufgabe erfüllen, haben einen kulturellen Krieg im Lande entfesselt. Der kulturelle Krieg ist ein Bestandteil der politischen Aggression. Er ersetzt bei einer großen Anzahl von Menschen ihre Grundwerte mit Werten, die für den Aggressor vorteilhaft sind, wie die Revidierung der Geschichte, die Frage der Sprachen, der Abbruch der kulturellen und historischen Beziehungen“, sagte er.

„Für die Vereinigten Staaten war es immer günstig, die Sowjetunion zu schwächen, alle Sowjetrepubliken von Russland zu lösen, uns gegeneinander aufzubringen und einen Krieg

auf unserem Territorium zu entfesseln", so Murajew.

Washington versuche bereits seit 20 Jahren sowohl innerhalb der Ukraine als auch in ihren internationalen Beziehungen Probleme zu schaffen. Im Endergebnis habe Kiew nun nicht nur Schwierigkeiten mit Moskau, sondern auch mit allen Nachbarländern, sagte der Politiker: „Sicherlich war die Hauptaufgabe die, einen Keil zwischen uns und Russland zu treiben. Allerdings waren auch alle nationalen Minderheiten davon betroffen. Und im Unterschied zu unserer schwachen Staatsmacht kämpfen die starken Staatsmächte der Nachbarländer für die Rechte ihrer nationalen Minderheiten", so der Abgeordnete.

Um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, müsse die Ukraine eine „unabhängige und neutrale Politik" betreiben, betonte Murajew.

Die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau hatten sich seit dem Beginn eines militärischen Konflikts im Osten der Ukraine wesentlich verschlechtert. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken" ausgerufen hatten.

Bei den Gefechten zwischen dem Kiew-treuen Militär und den örtlichen Bürgermilizen sind laut UN-Angaben mehr als 10.000 Menschen ums Leben gekommen. Seit Beginn der ukrainischen Militäroperation gegen die abtrünnigen Regionen warnen Kiewer Politiker immer wieder vor einem russischen „Einmarsch" in die Ukraine. Russland bestreitet das und betont immer wieder, dass es keine Seite des innerukrainischen Konflikts sei.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32144/00/321440031.jpg>

Dnr-online.ru: „Das Zahlungsniveau in der Bevölkerung in den letzten fünf Monaten für kommunale Dienstleistungen betrug für Wasser 83%, Heizung 84%, für den Erhalt des Wohnraums und des umliegenden Territoriums – 87%, für die Müllabfuhr – 90%. Insgesamt betrug das Zahlungsniveau für kommunale Dienstleistungen von Januar bis Mai 85%. Das ist 3% mehr als im analogen Vorjahreszeitraum“, teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez mit.

Außerdem gab der Minister Ortschaften an, in denen das Zahlungsniveau gestiegen ist.

„Ein Anwachsen der Zahlungen ist in folgenden Städten und Bezirken zu beobachten:

Makejewka – um 10%, Amwrosiewka – um 14%, Kirowskoje und Debalzewo – um 8%. In

den ersten fünf Monaten dieses Jahres hat das Zahlungsniveau für kommunale

Dienstleistungen im Vergleich zum analogen Vorjahreszeitraum abgenommen in:

Dokutschajewsk – um 2%, im Telmanowo-Bezirk – um 7%“, fügte Sergej Naumez hinzu.

Das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR ruft die Bevölkerung auf,

die kommunalen Dienstleistungen rechtzeitig zu bezahlen, weil dies auf die Auszahlungen der Löhne für die kommunalen Arbeiter, die Tätigkeit der kommunalen Unternehmen einwirkt und auch die Möglichkeit gibt, rechtzeitig und qualitativ hochwertig Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Heizperiode 2018/2019 durchzuführen.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Putin: Egoismus einzelner Länder schadet dem Kampf gegen Cyber-Bedrohungen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in seiner Rede bei dem ersten Internationalen Kongress für Cybersicherheit in Moskau die Relevanz einheitlicher Regeln bei der Bekämpfung von Cybergefahren betont.

„Es ist besonders wichtig, einheitliche und für alle geltende Spielregeln zu erarbeiten, einen internationalen Standard, der die Rechte und Interessen aller Länder berücksichtigt“, sagte er. Diese Regeln sollten universell und für alle akzeptabel sein: „Wir haben uns mehrmals davon überzeugt, dass der Egoismus einzelner Länder und ihre Versuche, nur im eigenen Interesse und zum eigenen Vorteil zu handeln, die globale Informationsstabilität beeinträchtigt“. Das Ausmaß der Cybergefahren sei heutzutage so groß, dass sie nur durch gemeinsame Bemühungen der gesamten internationalen Gemeinschaft neutralisiert werden könnten, betonte Putin.

Russland habe eine Reihe von Initiativen vorgelegt, die mit den Regeln eines verantwortungsvollen Benehmens der Staaten im Informationsbereich, den Rechtsmechanismen für die Bekämpfung von Informationskriminalität sowie der internationalen Regelung des Internets zu tun haben, so der russische Staatschef. „Wir wollen diese Initiativen kontinuierlich durchsetzen - vor allem auf der Ebene der angesehensten und einflussreichsten Weltorganisation, nämlich der Uno“, sagte Putin.

Um Straftaten im Cyberraum vorzubeugen und sie zu verhindern, müssten neue umfassende Lösungen entwickelt werden, die die Reaktion der „operativen Dienste“ auf die Cybergefahren wirksamer machen würden, fügte er hinzu. Dazu sollten entsprechende Rechtsbedingungen sowie günstige Formen des Zusammenwirkens der Bevölkerung und der staatlichen Behörden geschaffen werden.

de.sputniknews.com: Polen plant Abriss von 75 sowjetischen Kriegsdenkmälern – Medien
Das Polnische Institut für das Nationale Gedächtnis hat eine Liste von 75 sowjetischen Denkmälern vorbereitet, deren Abriss empfohlen wird, schreibt die russische Zeitung „Kommersant“. Die meisten dieser Monumente sind demnach im Großen Vaterländischen Krieg gefallenen sowjetischen Soldaten gewidmet.

Die Zeitung schreibt, laut dem Regierungsabkommen „Über Begräbnisse und Orte der Erinnerung an die Opfer von Kriegen und Repressionen“ sollen Kriegsgräber und Denkmäler an den Gräbern geschützt werden.

Dabei befinden sich die Denkmäler, die demontiert werden sollen, nicht auf Begräbnisstellen. „Die polnische Seite ist der Ansicht, dass die Auslegung des Abkommens nur den bilateralen Schutz von Friedhöfen und Begräbnisstellen betrifft. Dieser Auslegung nach fallen symbolische Denkmäler, und zwar die Denkmäler für Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee, die nicht Teil der Militärfriedhöfe und Gedenkstätten sind, nicht in den Geltungsbereich des Vertrages“, sagte die Sprecherin des polnischen Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe Anna Bochán gegenüber dem „Kommersant“.

Der russische Vize-Außenminister, Jewgeni Iwanow, erklärte am Freitag, Moskau halte

Warschaus Vorgehen gegen sowjetische Kriegsdenkmäler in Polen für rechtswidrig. Am 21. Oktober 2017 war das Gesetz, das den Abriss sowjetischer Denkmäler in Polen erlaubt, in Kraft getreten. Zuvor hatte das polnische Oberhaus entsprechende Änderungen des Verbots kommunistischer und anderer totalitärer Propaganda in den Namen von Gebäuden, Objekten und Räumen des öffentlichen Gebrauchs vorgelegt. Bei den Kämpfen für die Befreiung Polens von der Nazi-Besatzung kamen mehr als 600.000 Soldaten und Offiziere der Roten Armee ums Leben. Zudem sind auf polnischem Boden zwischen 700.000 und einer Million sowjetische Kriegsgefangene beerdigt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31681/66/316816668.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR zur Lage am 6. Juli 2018:

Guten Tag!

In der letzten Woche haben die Soldaten der Donezker Volksrepublik **eine Reihe humanitärer Aktionen durchgeführt**. Gemeinsam mit karitativen und gesellschaftlichen Organisationen wurde Erholung für Kinder in der Republik Abchasien organisiert und Unterstützung für die Einwohner des frontnahen Alexandrowka geleistet.

Die Lage in der Nähe der Kontaktlinie ist weiterhin durch unsere Truppen kontrollierbar.

In **Richtung Gorlowka** wurden die Ortschaften **Golmowskij** und **Dolomitnoje** von den Positionen der ukrainischen Kämpfer der 24. Brigade aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Guds beschossen. Dabei hat der Gegner Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Donezk** haben die ukrainischen Terroristen der 93. und der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Klotschkow und Kokorjow die Ortschaften **Dokutschajewsk** und **Jasinowataja** beschossen. Der Gegner hat fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben die Besatzer der 36. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow **Kominternowo** beschossen und dabei Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **fünf Fälle der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 49 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt. Auf die Gebiete von **18 Ortschaften** der Republik hat der Gegner zwei Antipanzernkesselgeschosse, 54 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm und sechs Panzergeschosse abgefeuert, er hat 164 Schüsse mit Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen abgegeben, aktiv alle Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt, darunter großkalibrige und Scharfschützenwaffen.

In dem genannten Zeitraum **starb ein Verteidiger des Donbass**.

Ich erinnere daran, dass die Terroristen der 93. Brigade in der letzten Woche grob den

„Brotwaffenstillstand“ verletzt haben und ein Fahrzeug, das Wasser für die Zivilbevölkerung von Signalnoje transportierte, vernichteten. In der Folge eines Treffers einer Antipanzernrakete wurde ein Soldat der Volksmiliz der DVR tödlich verletzt. Die vorsätzliche Vernichtung des Wasserfahrzeugs zeugt von der Absicht der ukrainischen Terroristen, die humanitäre Situation in den frontnahen Ortschaften zu verschärfen. Gemäß einem Bericht der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Ukraine an den Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko wurden **seit dem 1. Januar 2018 in den ukrainischen Streitkräften 504 Fälle von eigenmächtigem Verlassen der Truppenteile** registriert, **was 17 Prozent mehr ist als im ganzen Jahr 2017**. Es ist bemerkenswert, dass eine Vergrößerung der Zahl der Deserteure in den Eliteluftlandetruppteilen und -einheiten festzustellen ist. In dem Bericht wird eine Statistik dargelegt, nach der in der 79. Luftsturmbrigade seit Anfang 2018 119 Soldaten flohen und im Jahr 2017 100 Soldaten; in der 80. Luftsturmbrigade wurden 111 Fälle gegenüber 73 in 2017 festgestellt; in der 25. Luftlandebrigade 79 Fälle gegenüber 64; in der 81. Luftlandebrigade wurden 2018 bereits 92 Fälle gegenüber 57 im Jahr 2017 festgestellt.

Außer den Standardursachen für das Verlassen der Truppenteile (Unwillen zu dienen, niedriger Sold, unerträgliche Dienstbedingungen, Enttäuschung usw.) ist eine nicht weniger wichtiger Ursache die fehlende Erfüllung der sozialen Verpflichtungen von Seiten des Staates gegenüber den Teilnehmern und Veteranen der ATO. So hat die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft im 1. Quartal 2018 den Stand der Versorgung der Teilnehmer der ATO mit psychologischer Rehabilitation untersucht und Verstöße gegen die gesetzlichen Anforderungen entdeckt. Trotz der vom Gesetz der Ukraine „Über den sozialen und rechtlichen Schutz von Soldaten und Mitgliedern ihrer Familien“ festgelegte Verpflichtung, dass Teilnehmer der ATO eine psychologische Rehabilitation durchlaufen müssen, betrug der Prozentsatz derjenigen, die eine solche Leistung erhielten, im Jahr 2017 nur 0,1% der Gesamtzahl. Und im 1. Quartal 2018 durchliefen nur 128 Personen eine psychologische Rehabilitation. Zur Information, am 1. Juni 2018 hatten 341.574 Personen den Status eines Teilnehmers der Kämpfe.

Außer den Problemen mit denjenigen, die die Truppenteile eigenmächtig verlassen, kämpft das Verteidigungsministerium der Ukraine mit noch einer Plage, die mit dem niedrigen Stand der psychischen Gesundheit der Reservisten zusammenhängt. Gemäß den Berichtsnotizen des Leiters des Zentrums zur Gewährleistung der Dienstleistungstätigkeit des Verteidigungsministeriums der Ukraine und des Generalstab der ukrainischen Streitkräfte begannen im Zeitraum vom 14. bis 23. Juni 2018 57 Reservisten der operativen Reserve der zweiten Reihe des 167. Bataillons der Territorialverteidigung mit der allgemeinen Diagnose „Psychische und Verhaltensstörungen in Folge von Alkoholkonsum“ eine stationäre Behandlung im Tschernigower psychoneurologischen Oblastkrankenhaus. Zum Stand am 25. Juni befinden sich 64 Reservisten in der stationären Behandlung im Tschernigower psychoneurologischen Oblastkrankenhaus, darunter 7 in der Abteilung für intensive Therapie. Im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen dem Kommando der 30. mechanisierten Brigade und dem der 28. mechanisierten Brigade, die zur Ablösung ersterer eingetroffen ist, der mit der Aufteilung von Material zusammenhängt, ist eine Reihe Funktionsträger des Verteidigungsministeriums der Ukraine in der Zone der Operation der vereinigten Kräfte eingetroffen, um Ermittlungen durchzuführen. Allem Anschein nach besuchte am 30. Juni der Verteidigungsminister der Ukraine Poltorak, da er seinen Untergebenen und den Ermittlungsmaterialien nicht vertraut, persönlich den Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade, wo er dem Kommando mit Entlassung drohte, falls sich eine solche Situation mit dem Kommando der 128. Gebirgsjägerbrigade wiederholen sollte, die im August 2018 zur Ablösung der 93. Brigade eintreffen soll.

Wir stellen weitere Fälle des Verkaufs von Waffen durch die Einheiten, die in der OOS-Zone stationiert sind, an Soldaten der Volksrepublik fest. Wir verfügen über einen Bericht des

Leiters des Sicherheitsdienstes der Ukraine für den Donezker Oblast an den Präsidenten der Ukraine, in dem er über Fälle von Verbrechen und korrupte Schemata des Kommandos in der OOS-Zone berichtet. Dieser Bericht wurde durch die Unzufriedenheit von Mitarbeitern des SBU in Zusammenhang mit der erfolgten Reorganisation und Änderung des Formats der ATO hervorgerufen, wodurch sie nun unmittelbar dem Kommando der OOS unterstellt sind, das heißt Militärs.

Wir stellen Ihnen einen Teil des Dokuments vor, gemäß dem in einem der Truppenteile in der OOS-Zone eine Inspektion einen Fehlbestand an Waffen und Material festgestellt hat. Vor Ihnen befinden sich zwei Maschinengewehre vom Typ Kalaschnikow aus dieser Liste. Sie können Sie fotografieren und die Nummern überprüfen. Alle übrigen Waffen und Materialien befinden sich auch bei uns, aber wir haben es nicht für zielführend gehalten, ein ganzes Arsenal hierher zu bringen. Wir stellen sie als Beispiel dafür vor, dass das ukrainische Kommando zur persönlichen Bereicherung in den Strom des Waffen- und Munitionshandels eingetreten ist und Kämpfe, die nicht in seinem Interesse sind, beendet.

de.sputniknews.com: Reaktion auf US-Zölle: Russland führt „Kompensationsmaßnahmen“ ein.

Dieser Schritt ist bereits erwartet gewesen, nun ist er vollzogen: Als Antwort auf US-Zölle hat die Russische Föderation nun Zölle auf zahlreiche amerikanische Waren eingeführt. Das russische Wirtschaftsministerium bezeichnete die neuen Grenzabgaben für US-Waren als „Kompensationsmaßnahmen“.

Nach Angaben des russischen Wirtschaftsministeriums werden die neuen Zölle zwischen 25 und 40 Prozent betragen und US-Waren betreffen, deren Analoga auch in Russland hergestellt werden. Dazu sollen vor allem Bautechnik, Technologien im Öl- und Gassektor sowie Maschinen der Metallindustrie zählen.

Das Gesamtvolumen der Antwortzölle wird zum jetzigen Zeitpunkt auf 87,6 Millionen Dollar pro Jahr geschätzt - nach den WTO-Regeln hat Russland das Recht auf diesen Ausgleich. Weitere 450 Millionen sollen in drei Jahren oder per WTO-Beschluss folgen, falls die Organisation beschließt, dass die US-Maßnahmen gegen ihre Regeln verstoßen.

„Die Kompensationsmaßnahmen werden in Form von zusätzlichen erhöhten Einfuhrabgaben in Höhe von 25 bis 40 Prozent des Preises der eingeführten Waren eingesetzt“, erklärte der russische Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin.

Die USA hatten im März Strafzölle im Umfang von zehn beziehungsweise 25 Prozent auf Importe von Stahl und Aluminium eingeführt. Washington begründete diese Entscheidung mit nationalen Sicherheitsinteressen. Am 31. Mai hatten die USA diese Zölle nach fruchtlosen bilateralen Verhandlungen fast gegen alle Länder verhängt, einschließlich der EU und Kanada. Auch Russland wurde von den Maßnahmen betroffen und bezeichnete sie als unrechtmäßig.

Bereits Ende Mai hatte Russland die WTO über die mögliche Einführung von Gegenmaßnahmen auf US-amerikanische Waren in Höhe von 537,6 Millionen Dollar pro Jahr als Reaktion auf Washingtons Zölle auf Stahl und Aluminium informiert. Wie Oreschkin im Juni mitteilte, soll Russland Zölle für die Importe von Straßenbautechnik und mehreren anderen Waren einführen. Arzneimittel sollen jedoch nicht auf der Einschränkungsliste stehen.

...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32144/33/321443390.jpg>

de.sputniknews.com: Kaliningrad gegen Krim: Wäre ein Nato-Russland-Tauschgeschäft möglich?

Eine Staatsgrenze ist bedauerlicher- oder glücklicherweise nicht unbedingt absolut konstant. Die politische Weltkarte verändert sich manchmal infolge von Kriegen oder anderen historischen Prozessen – umstrittene Territorien können unter die Kontrolle verschiedener Kräfte geraten.

Im März 2014 sind gleich zwei neue Regionen Russland beigetreten: die Krim und Sewastopol. Aber dieses Ereignis hat auf einmal die Perspektiven von zwei anderen russischen Gebieten infrage gestellt, auf die ihre früheren Besitzer Ansprüche erheben: das Gebiet Kaliningrad und die Südkurilen. Der russische Senator Andrej Kondratjew warnte neulich: „Seitdem die Krim 2014 wieder Teil Russlands geworden ist, erwägt die Nato ein Programm zum ‚Ausgleich‘ der Krim durch das Gebiet Kaliningrad.“

Das Gebiet Kaliningrad wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 Teil der damaligen Sowjetunion, als Ostpreußen zwischen der UdSSR und Polen aufgeteilt wurde. Moskau bekam damals einen äußerst wichtigen Vorposten in Europa – aus wirtschaftlicher, aber vor allem aus militärischer Sicht. Denn dort liegt ein Stützpunkt der Baltischen Flotte, die unter anderem über Raketen „Kalibr“ verfügt, deren Effizienz während des russischen Einsatzes in Syrien deutlich unter Beweis gestellt wurde.

In der Nato begreift man die militärische Bedeutung des Gebietes Kaliningrad sehr gut, und deshalb gehört die Entfernung dieser russischen „Hochburg“ in der Alten Welt zu den Prioritäten für die Nordatlantische Allianz. Und die Arbeit daran wird schon seit langem geführt – vor allem durch ein ganzes Netzwerk von Non-Profit-Organisationen, die die Bevölkerung des Gebietes entsprechend bearbeiten. Das Problem ist, dass nach dem Zerfall der Sowjetunion inzwischen eine neue Generation aufgewachsen ist, die andere Regionen Russlands nicht einmal besucht hat. Für diese Menschen ist Russland eher ein abstrakter Begriff – ein riesiges Land irgendwo im Osten, das sie nur auf der Landkarte sehen. Dafür gibt es die richtigen Nachbarn wie Polen, Litauen und Deutschland, mit denen sie wirtschaftlich verbunden sind, wo sie studieren oder den Urlaub verbringen können.

Im Gebiet Kaliningrad verbreiten sich allmählich prodeutsche Stimmungen – die Stadt wird sogar manchmal wieder Königsberg genannt. Deshalb ist es schwer, zu prognostizieren, wie sich die Einwohner im Falle einer längeren militärischen und wirtschaftlichen Blockade verhalten würden, die die Nato-Länder im Falle eines lokalen Konfliktes verhängen könnten. Wer kann denn garantieren, dass die Menschen bei einem Referendum nicht für eine Wiedervereinigung mit Deutschland stimmen würden, wie das auf der Krim passiert ist? Denn die Perspektive, Bundesbürger zu werden und alle entsprechenden Vorteile zu genießen – als

Alternative für die Wirtschaftsblockade – könnte für viele Menschen ein gewichtiges Argument werden.

Und die Nato bereitet sich konsequent auf verschiedene Szenarien vor. Es finden permanent militärische Übungen statt. Senator Kondratjew warnte davor offen: „Die Nato baut planmäßig ihre Gruppierungen in den Richtungen aus, die für sie strategisch wichtig sind. So hing die Ostsee-Richtung historisch von drei Aspekten ab: Boden – Land – Luft. In dieser Richtung handeln sie sehr intensiv.“

Schon jetzt sind die Marinekräfte aller Nato-Mitglieder in dieser Region stärker als die russische Baltische Flotte. US-Bomber üben Aktionen zum Verminen der Ostsee aus der Luft, um die russischen Kräfte im Gebiet Kaliningrad zu blockieren. Die USA bauen permanent ihre Militärpräsenz in Polen aus. Auf Nato-Landkarten ist das Gebiet Kaliningrad rot markiert – als potenzielles Ziel. Die Nato-Kräfte üben auch die Blockade der Suwalki-Lücke, die das Gebiet Kaliningrad mit Weißrussland verbindet (Russland und Weißrussland sind Mitglieder desselben Unionsstaates).

„Sie bereiten sich in Wahrheit auf einen Krieg vor – das kann man nicht als Verteidigungsziele bezeichnen“, zeigte sich der Senator überzeugt.

Man kann nicht sagen, dass diese Aktivitäten der Allianz in Moskau unbemerkt bleiben. Im Gebiet Kaliningrad sind beispielsweise Raketenkomplexe „Iskander“ stationiert, die eventuell Ziele in Mittel- und Osteuropa treffen könnten. Die Luftabwehr im Gebiet Kaliningrad ist die stärkste in ganz Russland. Im vorigen Jahr fand die gemeinsame russisch-weißrussische Übung „Zapad-2017“ („Westen-2017“) statt. Im Allgemeinen spannt sich die Situation allmählich an.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32144/34/321443499.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst M.Ju. Filiponenko:

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **viernal das Regime des „Erntewaffenstillstands“ verletzt**. Dabei haben die von Kiew kontrollierten Kämpfer von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer, Schützenpanzerwaffen und großkalibrige Schusswaffen verwendet. In der letzten Woche **haben die ukrainischen Truppen 18 mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern,

Granatwerfern verschiedener Art, Schützenpanzern und verschiedenen Arten von Schusswaffen. Insgesamt wurden mehr als 260 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **elf Ortschaften der Republik beschossen**.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf die Gebiete von Ortschaften erteilten die verbrecherischen Kommandeur der 72. Brigade Tatus, der 53. Brigade Grusewitsch, der 14. Brigade Wotschenko und der 59. Brigade Ossiptschuk.

Unter Nutzung des „Erntewaffenstillstands verletzt das ukrainische Kommando weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich der Konzentration von verbotenen Waffen entlang der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Solotoje wurden zwei T-72-Panzer entdeckt.

Im Gebiet von Nowoalexandrowka wurden Feuerstellungen von zwei Mörsern des Kalibers 120mm entdeckt.

Außerdem führen die ukrainischen Truppen Maßnahmen zur Versorgung der 53. und der 72. mechanisierten Brigade und der 17. Panzerbrigade Geräten des Typs 1B18-1 für die Kommandeure von Batterien fort, die für die Leitung von Mehrfachraketenwerfern, Artillerie- und Mörserbatterien vorgesehen sind. Möglicherweise werden diese Waffen von den Kiewer Strafruppen für die Begehung provokativen Beschusses des Territoriums der Republik verwendet. Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, die Beobachtung der Örtlichkeiten zu verstärken, um verbotene Waffen der ukrainischen Streitkräfte zu entdecken und im Fall ihrer Entdeckung ihren Abzug auf den festgelegten Abstand zu erreichen.

Außerdem verwenden die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in Verletzung der Minsker Vereinbarungen weiter **Drohnen an der Kontaktlinie**.

Wir haben Drohneflüge im Gebiet von Krjakowka, das von Einheiten der OOS kontrolliert wird, festgestellt. Diese Maßnahmen erfolgen zur Leitung von provokativem Mörserfeuer. Flüge einer ukrainischen Drohne vom Type „Furija“ wurden im Gebiet von Troizkoje festgestellt.

Die Ukrofaschisten verzichten auch nicht auf **Diversionsaktivitäten**. Nach unseren Informationen ist im Gebiet von Nishneje eine Aufklärungsgruppe aus dem 54.

Aufklärungsbataillon der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. Diese Gruppe plant in der nächsten Zeit Diversions- und Aufklärungsmaßnahmen an der Kontaktlinie.

Außerdem ist nach unserer Informationen geplant, dass in der nächsten Zeit eine Gruppe von Scharfschützen aus dem Oblast Tschernigow in der „OOS“-Zone eintrifft, die dann mit der Erfüllung Aufträgen an der Kontaktlinie beginnen wird.

Wir rufen das Kommando der „OOS“ auf, von provokativen Aktivitäten Abstand zu nehmen, weil alle Versuche einer Aggression von Seiten des Gegners von unseren Soldaten unterbunden werden.

In der „OOS“-Zone im **Gebiet von Nowotoschkowka ist eine Gruppe Agenten ausländischer Spezialdienste eingetroffen, die unter dem Anschein von Journalisten einer europäischen Informationsagentur arbeiten**. Die Arbeit dieser Gruppe ist mit der Sammlung von Daten über die Situation an der Kontaktlinie verbunden. Offensichtlich haben die europäischen Kuratoren begonnen, den Informationen ihrer Vasallen aus Kiew weniger zu trauen.

Trotz der Erklärungen der ukrainischen Seite über angebliche Erfolge, die angeblich mit dem Vordringen der Kiewer Strafruppen in die „Graue Zone“ verbunden sind, ist die reale Situation diametral entgegengesetzt. Die Information des Pressezentrams des Stabs der „OOS“ über die Einnahme der Ortschaft Solotoje-4 durch die Kiewer Strafruppen führte für die örtlichen Einwohner zum Schrecken. Zur Bestätigung seiner Wahrhaftigkeit konzentrierten die ukrainischen Streitkräfte Kräfte und Mittel in diesem Gebiet und schufen so eine Gefahr für die friedlichen Bürger. Dies bestätigten auch Vertreter der OSZE-Mission,

die zwei Schützenpanzerwagen und etwa 20 Soldaten auf dem Gebiet eines ehemaligen kommunalen Objekts bemerkten. Es ist charakteristisch, dass das Gebäude etwa 200 Meter von einer in Betrieb befindlichen Schule und etwa 30 Meter von einem Spielplatz entfernt ist. Die örtlichen Einwohner teilen wir, dass sie sich nicht sicher fühlen, wenn im Zentrum der Ortschaft ukrainische Strafsoldaten sind.

Wir wenden uns an die internationalen Vertreter der UN für Menschenrechte, auf die Kiewer Führung Druck auszuüben. Solche Vorfälle sind eine direkte Verletzung des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention, wo festgelegt ist, dass die Zivilbevölkerung nicht gefährdet werden darf. Außerdem dementierten selbst Kommandeure von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die Einnahme von Solotoje-4. Der Kommandeur der 5. Kompanie des Bataillons „Dnjepr-1“ Wladimir Schilow erklärte in einem Interview mit der Informationsagentur „Donbass“, dass, ich zitiere, „Solotoje-4 schon lange ukrainisch war und unsere Leute dort standen und Freiwillige dorthin fuhren. Es war nötig zu zeigen, dass die Menschen arbeiten, sich beschäftigen, Auszeichnungen wurden gebraucht. Mich erinnert das an einen Zirkus“. Solche Erklärungen ukrainischer Kommandeure zerstören die gesamte Strategie des Kommandos der „OOS“, um die Weltöffentlichkeit in die Irre zu führen und sich vorgebliche Siege anzueignen. Das Kommando der OOS hat die Anweisung gegeben, Ermittlungen gegenüber den ukrainischen Massenmedien wegen Veröffentlichung geheimer Materialien und wegen Sabotage des hinterhältigen Fakes durchzuführen. ...

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Arten der Entwicklung der Situation an der Kontaktlinie unternehmen wir die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung unserer Aufgaben – der Erhalt der territorialen Integrität der LVR und des Lebens unserer Bürger. ...

de.sputniknews.com: Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat Meldungen über eine angeblich bevorstehende Vereinbarung zwischen den Staatschefs von Russland und den USA, Wladimir Putin und Donald Trump, über den Abzug der iranischen Truppen aus Syrien kommentiert. Das Treffen zwischen Putin und Trump findet am 16. Juli in Helsinki statt. Laut Peskow wird das Thema Syrien zweifellos bei den Verhandlungen „umfassend“ erörtert werden.

„In diesem Fall informieren die Quellen die Medien falsch. Die syrische Problematik wird zweifellos ein Thema für den Meinungsaustausch, das ist leicht vorherzusagen. Die russische Seite bereitet sich darauf vor und Putin ist bereit für die Besprechung der syrischen Problematik. Aber die Meldungen im Sinne ‚die Rechnung wird ohne den Wirt gemacht‘, wenn zwei Länder ein drittes Land besprechen und für es irgendwelche Entscheidungen treffen – das ist wahrscheinlich kaum realistisch“, sagte Peskow.

Zuvor hatte die Agentur Bloomberg unter Berufung auf Quellen mitgeteilt, Vereinbarungen über den Abzug der vom Iran unterstützten Truppen vom syrischen Territorium könnten ein Thema der Gespräche zwischen Putin und Trump werden.

Ukrinform.ua: Tod von drei Soldaten: Präsident Poroschenko verbietet Einsatz von „Molot“-Mörsern.

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat angeordnet, Mörser des Typs „Molot“ (dt. Hammer) bis zum Abschluss der Untersuchung des Unglücks auf einem Truppenübungsplatz während der Truppenübungen nicht einzusetzen.

Das sagte der Staatschef bei Feierlichkeiten anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Werkes für Zivilluftfahrt in Kiew. Verteidigungsminister Stepan Poltorak und Generalstabschef Wiktor Muschenko sollen den Staatschef Ende nächster Woche über Ergebnisse der Untersuchung des Unfalls informieren. Der Präsident gedachte mit einer Schweigeminute der getöteten Soldaten.

Durch die Explosion eines Mörsers auf dem Truppenübungsplatz Riwne wurden drei Soldaten getötet und neun verletzt. Der Unfall ereignete sich um 05.55 Uhr am Freitag während einer Brigade-Übung. Auf dBefehl des Chefs der Landstreitkräfte wurde die Übung gestoppt und

eine Ermittlung zur Ursache eingeleitet.

de.sputniknews.com: Iran will internationale Einschätzung zu Trumps Entscheidungen. Die internationale Gemeinschaft soll sich gemeinsam mit der Beschlussfassung von US-Präsident Donald Trump auseinandersetzen, wie am Freitag der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif erklärte.

Trump's Entscheidungen würden praktisch allen internationalen Regeln zuwider laufen, so Sarif.

„Er hat dies bereits mit dem Vertrag über die Transpazifische Partnerschaft (TPP), mit dem Pariser Klimaabkommen sowie mit dem Handelsabkommen Nafta getan. Jetzt will er Zölle gegen seine Partner einführen. Ein solches Verhalten sollte von der Weltgemeinschaft durch gemeinsame Schritte berücksichtigt werden“, äußerte Irans Außenminister bei dem Ministertreffen zum iranischen Atomprogramm in Wien.

Trump hatte im Januar 2017 den Ausstieg der USA aus dem geplanten Freihandelsabkommen TPP angekündigt. Der Rückzug war eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen.

Auf seine Initiative hin verließ Washington auch das Pariser Klimaabkommen.

Washington hatte im März Strafzölle im Umfang von zehn beziehungsweise 25 Prozent auf Exporte von Stahl und Aluminium in die USA eingeführt und dies mit nationalen Sicherheitsinteressen begründet; dabei waren einige Länder von diesen Zöllen befreit gewesen.

Am 31. Mai hatten die USA diese Zölle nach fruchtlosen bilateralen Verhandlungen praktisch gegen alle Länder verhängt, einschließlich der EU und Kanada.

de.sputniknews.com: Syrische Armee nimmt wichtigsten Grenzübergang zu Jordanien unter Kontrolle.

Die syrische Armee hat den wichtigsten Grenzübergang zu Jordanien „Nasib“ unter Kontrolle genommen, meldet ein Sputnik-Korrespondent am Freitag vor Ort.

An der Grenze sei die Staatsflagge Syriens aufgezogen worden und die syrische Armee soll der Grenze entlang 20 Kilometer ohne Kämpfe zurückgelegt haben.

Die Armee habe den Grenzabschnitt im Gouvernement Daraa dank den erfolgreichen Verhandlungen zwischen der russischen Seite und den Anführern der Kämpfer besetzen können.

Der syrische Grenzschutz bringe für die Befestigung der Stellungen weiter schwere Militärtechnik, Panzer und Infanterie zu den Stützpunkten.

Die Kämpfer der Terrorgruppierung Dschabhat an-Nusra würden Versuche unternehmen, einen Gegenangriff mit Minenwerfern und überschweren Maschinengewehren auf die Stellungen der Armee neben dem Grenzübergang „Nasib“ zu verüben.

Zuvor war erklärt worden, die syrische Opposition habe mit den russischen Vertretern ein Waffenstillstandsabkommen im Gouvernement Daraa vereinbart. Demnach sollen die Kämpfer ihre Waffen niederlegen und danach ihr Transport nach Idlib gewährleistet werden.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32144/50/321445056.jpg>

de.sputniknews.com: Ukraine will im Schwarzen Meer nach Öl und Gas suchen.

Die Ukraine wird im Juli die Forschungsarbeiten zur Erkundung der Öl- und Gasvorräte im Schelf des Schwarzen Meeres einleiten. Dies geht aus einer Mitteilung des Interims-Chefs der ukrainischen Geologiebehörde Oleg Kiriljuk hervor, die er auf seinem Facebook-Account veröffentlichte.

Demnach verlässt das einzige Forschungsschiff der Ukraine, „Iskatel“ (dt. „Sucher“), am heutigen Freitag den Hafen Odessa, um seismische und geochemische Erkundung des Schwarzmeer-Schelfes in der Nähe des südöstlichen Teils des Gebietes Odessa durchzuführen. Die Arbeiten sollten 15 Tage dauern.

„Die südliche Region des Landes ist am wenigsten erforscht und dabei eine der aussichtsreichsten“, schrieb Kiriljuk. „Nach Angaben der Wissenschaftler umfassen die Erdgasvorräte auf einer Fläche von 7000 Quadratkilometer mindestens 40 Milliarden Kubikmeter“.

Zuvor hatte Kiriljuks Vorgänger Nikolaj Bojarkin behauptet, die Ukraine verfüge über ausreichende Ressourcen für eine selbständige Deckung der Erdgasnachfrage.